Nr. 260. 4. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis beträgt: durch die Post bezogen (Nummer des Postkatalogs 2616) ohne Bringegeld vierteljährlich ℳ 4,20; durch die Kolportöre wöchentlich 36 ₰ frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktör: Otto Stolten in Hamburg.

Donnerstag, den 6. November 1890.

Anzeigen werden die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt und Vermiethungsanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaux.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

„Das soziale Königthum.“

II.

□ Wäre Lassalle in Wahrheit ein Anhänger der Idee vom sozialen oder idealen Königthum gewesen, so würde er sich wohl gehütet haben, an die demokratischen Instinkte des Volkes zu appelliren, damit sie zum demokratischen Bewußtsein sich entwickeln möchten. Er selbst hat sich, in seinen wissenschaftlichen Werken und Propagandaschriften, auf der Rednertribüne wie vor den Schranken des Gerichts stets frei und offen als Demokrat, als Anhänger der sozialen Republik bekannt. Bei jeder Gelegenheit betonte er den revolutionären Karakter der Arbeiterbewegung und ergoß über den Liberalismus, über das feige Fortschrittlerthum vernichtende Satire, weil dasselbe nicht revolutionär zu sein erklärte. So rief er in seiner berühmten rheinischen Rede („Die Feste, die Presse 2c.“) den Arbeitern zu: „Ich finde es sehr ungeschickt von Herrn von Bennigsen, daß er uns beständig daran erinnert, daß er und seine Partei keine Revolution wollen. Da er uns aber nun einmal ohne Unterlaß daran erinnert, nun wohl, so wollen wir ihm diesen Gefallen thun: erheben wir unsere Arme und verpflichten wir uns, wenn jemals dieser Umschwung, sei es auf diesem, sei es auf jenem Wege, käme, es den Fortschrittlern und Nationalvereinlern gedenken zu wollen, daß sie bis zum letzten Augenblick erklärt haben: sie wollen keine Revolution.“

Den vom Liberalismus gegen ihn erhobenen Vorwurf, der Reaktion zu dienen, wies Lassalle in einer Ansprache an die Arbeiter Berlins als „lächerliche Erfindung“ zurück, dabei bemerkend: „Der Grund dieser elenden und plumpen Verleumdung, dieses entsetzlichen Betruges ist der: Die Fortschrittler beschuldigen mich, der Reaktion zu dienen, weil sie mich als Revolutionär hassen.“

Mehr fast noch, als die öftere ausdrückliche Betonung seines entschieden revolutionären Standpunktes, spricht für denselben seine Forderung des allgemeinen direkten Wahlrechts. Solch eine Forderung erhebt Niemand, um dem „sozialen Königthum“ Konzessionen zu machen. Denn damit verträgt grundsätzlich und auf die Dauer ein solches Recht sich nicht, welches dem Volke die Entscheidung über den Staatswillen und den Staatszweck anheimgiebt. Lassalle hat mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Deutlichkeit und Offenheit das Wahlrecht gefordert als Mittel für die Umformung des Staates und der sozialen Verhältnisse, für die demokratische Wiedergeburt des Volkes. Dabei allerdings war Lassalle kluger Taktiker genug, den thatsächlich bestehenden Gegensatz zwischen Königthum und liberaler Bourgeoisie in seiner ganzen Schärfe rückhaltlos aufzudecken, in der Absicht, dabei für die Sache der Arbeiter etwas zu gewinnen. Er spielte die Regierung gegen die Bourgeoisie aus, aber nicht um des Königthums, sondern um des Volkes willen. Die politische Herrschaft der Bourgeoisie, „eine Herrschaft der gröblichsten Heuchelei, des Unrechts, der Korruption“, zu stürzen, das war sein zunächstliegender Zweck. Denn weher als das Königthum dem Volke thun konnte, that ihm jener protzenhafte, anmaßende, bis in's Mark hinein faule Liberalismus, der den Arbeitern politische Rechte nicht gönnte und ihr wirthschaftliches Elend als „unabänderliche“ Einrichtung erachtete.

Für Lassalle lautete die Frage nicht „Königthum und Arbeiter“, sondern „Königthum und Bourgeoisie, als unvereinbarlicher Gegensatz“. Als er in Berlin, angeklagt des Hochverraths, vor seinen Richtern stand, sprach er:

„Die Staatsregierung muß das allgemeine und direkte Wahlrecht oktroyiren, weil ihr nichts Anderes übrig bleibt.

„Ein nicht beizulegender, ein tödtlicher Kampf hat sich erhoben zwischen dem Königthum und der Bourgeoisie! Wer von beiden weicht, ist verloren!

„Das Königthum kann einer Klique nicht weichen, aber ebenso wenig kann es andererseits die unregelmäßigen Zustände verewigen, die wir jetzt haben.

„Es kann sich nicht einer Klique gefangen geben (weil das nicht in seinem Wesen liegt. D. Red.), aber es kann ebenso wenig den bestehenden anormalen Zustand für immer aufrecht erhalten.

„Es ist daher ein Kampf ohne Ausweg und ohne Ende, denn es ist ein Kampf von zwei Gegnern, von denen jeder von Beiden unbesiegbar ist in seinem eigenen Lager!

„In diesem Kampfe ohne Ausweg hat meine Stimme den einzigen möglichen Ausweg eröffnet, der überhaupt denkbar ist, einen Ausweg von der höchsten rechtlichen und historischen Weihe, den Ausweg, das **Volk selbst** auf die Bühne zu führen und **sein** Recht herzustellen.“

Bei derselben Gelegenheit erinnerte Lassalle das Königthum daran, daß die Bourgeoisie gar nicht auf ihrem Rechte, sondern nur auf seiner Gunst stehe und daß sie sich bemühe, aus dieser Gunst ein Halsband zu drehen, das Königthum zu erwürgen.

Unter all diesen Gesichtspunkten wird es begreiflich, weshalb Lassalle so großes Gewicht legte auf das im Mai 1863 vom König von Preußen einer schlesischen Weberdeputation gegebene Versprechen einer möglichst baldigen gesetzlichen Regelung der Arbeiterfrage.

Lassalle erblickte darin mit Recht eine Anerkennung des Hauptgrundsatzes, zu dessen Gunsten er seine Agitation entfaltet, durch den König. „Wir haben“ — sagte er vor den rheinischen Arbeitern — „diese Anerkennung dem Könige abgerungen. Und wir wollen doch sehen, ob das Königthum sein Versprechen nicht halten, sein, den Arbeitern verpfändetes Wort nicht einlösen wird!“ Er erblickte in dem Versprechen der gesetzlichen Regelung der Arbeiterfrage zugleich die Zustimmung zum allgemeinen direkten Wahlrecht.

Was haben wir seitdem erlebt?

Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ist gegeben worden und nunmehr durch 23 Jahre geübt. Und es hat genau die Wirkung gehabt, die Lassalle vorausgesehen: Die Bourgeoisie ist dem Königthum gewichen, hat ihren Kampf gegen dasselbe eingestellt und sich **aus Furcht vor der Arbeiterbewegung** seiner Autorität gefügt in der sicheren Erwartung, daß diese Autorität die kapitalistischen Interessen nach Möglichkeit schützen werde.

Da halten wir jetzt. Mit dieser Thatsache hat die Arbeiterbewegung sich abzufinden, ausgehend von der Erwägung, ob es denn überhaupt der Regierung möglich sei, die widerstreitenden Klasseninteressen der Bourgeoisie und der Arbeiter zu versöhnen? Denn diese Versöhnung ist die unerläßliche Voraussetzung für das, was man „soziales Königthum“ nennt. Wir sind überzeugt, daß diese Voraussetzung nicht erfüllt werden kann, und wäre auf Seiten der Autorität selbst der beste und redlichste Wille dafür vorhanden. Der Gegensatz der Klasseninteressen kann nicht „versöhnt“ werden, er will durch die organische Entwicklung im Geiste wahrer Sozialgerechtigkeit überwunden sein.

Und was ist bei dem Versuch der „Versöhnung“ denn bis jetzt herausgekommen? Man sagt uns, das „soziale Königthum“ sei bereits in die Erscheinung getreten. Alles Ernstes versicherte vor einiger Zeit die aus Regierungskreisen bediente Zeitschrift „Grenzboten“:

„Die Wendung der Zollpolitik durch die Schaffung von Zöllen zum Schutze der inländischen Industrie gegen die ausländische Konkurrenz war der erste Schritt auf dem Wege, den das soziale Königthum einschlug. (!!!) Der deutsche Markt ist gekräftigt, die deutsche Industrie hat, wie wir täglich aus französischen und englischen Blättern entnehmen können, sich eine gefürchtete Stellung im Welthandel geschaffen, und selbstverständlich mußten diesem Aufschwunge auch die Arbeitslöhne und die Gelegenheit zur Arbeit folgen. (!?!) Der zweite Schritt in der Sozialpolitik bestand in einer Entlastung der unteren Klassen in ihren Leistungen dem Staate gegenüber. Es ist dies in doppelter Richtung geschehen, und nicht ohne den erheblichsten Widerspruch des den krassesten Kapitalismus vertretenden Fortschrities und Freisinnes. Die Mehreinkünfte, welche sich aus der Erhöhung der Zölle ergaben, wurden in Preußen dazu verwendet, um die untersten Stufen von der staatlichen Steuer zu befreien. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen entzog dem trägen Kapital die mühelos verdienten Superdividenden und wies den Ueberschuß an Stelle der Aktionäre dem Staate zu und ermöglicht nun demselben, die schweren, zur Aufrechterhaltung des Friedens erforderlichen Ausgaben zu tragen, ohne die weniger bemittelten Klassen auf's Neue zu belasten. (!?!) Der dritte und schwerwiegendste Schritt des sozialen Königthums bestand in den Reformen zur direkten Fürsorge für den Arbeiter.“

Dann wird die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung gepriesen, als Leistungen des „sozialen Königthums“ und erklärt: „Die Segnungen der von dem sozialen Königthum angebahnten Reformen sind nicht blos für das lebende Geschlecht bestimmt, aber es wäre traurig, wenn dies Geschlecht wie die Kinder Israels in der Wüste des öden politischen Parteilebens ausstarben müßte ohne das gelobte Land, das ihnen verheißen ist, auch nur mit einem Fuße zu betreten.“ —

Es hieße, unsere Leser beleidigen, wollten wir an diese und ähnliche Lobhymnen auf das „soziale Königthum“ den Maßstab ernsthafter Kritik legen. Den Werth der „sozialen Reformen“ der Reichsregierung, der sog. Schutzzölle, der Arbeiterversicherung 2c., haben wir schon so oft und eingehend untersucht, daß wir hier wohl davon absehen können. Die letzten Wahlen haben ja bewiesen, was die Masse des Volkes von der Sozialdemokratie hält, deren Verdienst es nach Bismarcks Zeugniß ist, die Regierung „auf den Weg der sozialen Reform“ gebracht zu haben.

Es erübrigt noch, den Beweis zu führen, daß das Königthum gar nicht das sein oder werden kann, was man mit dem Begriffe des „sozialen“ oder „idealen“ Königthums verbindet. Und dieser Beweisführung soll der nächste Artikel gelten.

Von der Weltbühne.

Im Personenbestande der Arbeiterschutzkommission sind seit dem Eintritt der Ferien einige Aenderungen eingetreten. An Stelle der für die nächste Zeit verhinderten sozialdemokratischen Abgeordneten Dietz-Hamburg und Grillenberger sind die Abgg. Molkenbuhr und Singer, an Stelle Clemm-Ludwigshafen Troeltsch-Ansbach und für den verstorbenen Abg. Stöhr-Würzburg Dr. Schädler in die Kommission eingetreten.

Der Gesetzentwurf, betreffend **Abänderung des Patentgesetzes,** ist dem Bundesrath nunmehr zugegangen. Der Entwurf zerfällt in drei Artikel. Artikel 1 enthält die Abänderungen der §§ 3, 4, 8, 10, 12—17, 20—27, 34 und 35 des Patentgesetzes vom 25. Mai 1877. Artikel 2 ordnet an, daß die Bestimmung im § 27 Absatz 3 (Unzulässigkeit des Antrags auf Nichtigkeitserklärung des Patents nach Ablauf von fünf Jahren nach Bekanntmachung über dessen Ertheilung) auf die zur Zeit bestehenden Patente mit der Maßgabe Anwendung findet, daß der Antrag mindestens bis zum Ablauf von drei Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes statthaft ist. Artikel 3 läßt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Gesetzes offen. Die eingehende Begründung des Entwurfs geht von einem Hinweise auf die im Großen und Ganzen gute Bewährung des Gesetzes von 1877 aus. Es wird die Stetigkeit in der Zahl der Patent-Ertheilungen (im Durchschnitt 4200 jährlich) und die Gleichmäßigkeit der Patent-Anmeldungen von rund 4600 hervorgehoben und hinzugefügt, daß auch die ergangenen Einsprüche (durchschnittlich rund 900), sowie die Nichtigkeitsanträge (durchschnittlich 100, von denen etwa 40 erfolgreich waren) bedeutende Unterschiede in den einzelnen Jahren nicht hätten hervortreten lassen. Dagegen hätten sich die Patent-Anmeldungen und die Beschwerden gegen die Beschlüsse des Patentamts jährlich um durchschnittlich 450 gesteigert. Dieser Erscheinung gegenüber und im Vergleich mit den Verhältnissen in Frankreich, in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Großbritannien und in Oesterreich-Ungarn habe die Nothwendigkeit einer Revision des Patentgesetzes in der Richtung auf Verbesserung und Ausbau der bestehenden Einrichtungen nicht verkannt werden können. Bis zu einem gewissen Grade erschienen die Klagen gegen Handhabung des Patentgesetzes berechtigt. Es sei zweifellos, daß das Patentamt in seiner gegenwärtigen Gestaltung den Aufgaben, die ihm das Gesetz zuweist, nicht mehr gewachsen ist. Daher bedurfte es einer Aenderung des Gesetzes, durch welche die Organisation des Patentamts auf eine neue Grundlage gestellt, das patentamtliche Verfahren mit vermehrten Bürgschaften umgeben und eine Reihe einzelner Mängel beseitigt würden, die durch die Praxis des Patentamts und durch die Rechtsprechung der Gerichte kenntlich geworden seien. Auf dies Ziel hin sei die schon 1886 vom Bundesrath beschlossene Enquête gerichtet gewesen. Das dadurch gewonnene und zur legislatorischen Verwerthung geeignete Material, sowie die weiteren Erfahrungen des Patentamts selbst bilden die Grundlage des Entwurfs. Die nach seiner Veröffentlichkeit bekannt gewordenen Gutachten und Urtheile der dem Patentwesen nahe stehenden Vereine, Interessenvertretungen und Sachkundigen hätten in überwiegender Mehrheit den Entwurf als zur Verbesserung des jetzigen Zustandes dienlich angesehen. Manche Vorschläge haben Berücksichtigung gefunden, andere sind zum Theil für unberechtigt erkannt oder mußten auf den Boden der bürgerlichen Gesetzgebung verwiesen werden.

Eine Konferenz zur Erörterung der Fragen des Industrieschutzes wird unmittelbar nach Zusammentritt des Reichstags in Berlin stattfinden. An der Konferenz werden, der „Nat.-Ztg.“ zufolge, Vertreter großer industrieller Vereine und Delegirte von Handelskammern und dergleichen theilnehmen. Angemeldet sind bisher Delegirte vom deutschen Ingenieurverein, vom Zentralverband deutscher Industrieller, von der Zentralstelle für Gewerbe in Baden, vom mittelrheinischen Fabrikantenverein und von den Handelskammern in Berlin, Mannheim, Nürnberg, Hanau, Stuttgart und Offenbach. Die Konferenz soll sich u. A. über die schon in früheren Jahren nachdrücklich gewünschte Bildung einer Reichs-Zentralstelle für den Schutz des gewerblichen Eigenthums und über die Frage äußern, wie eine Einheitlichkeit des Verfahrens bei der Schutzertheilung und eine größere Uebereinstimmung der Urtheile im Verwaltungs- und Gerichtswege zu schaffen sei. Die Konferenz soll einen wesentlich informatorischen Karakter haben.

Merkwürdig! Wenn die Industrie geschützt werden soll, fragt man die Industriellen — wenn die Arbeiter geschützt werden sollen, müßte man also logischer Weise doch in erster Linie die Arbeiter fragen, man befragt aber auch hier die Industriellen, als ob der Arbeiterschutz ihretwegen geplant sei und läßt höchstens einmal gelegentlich einige ausgesucht zahme und lammfromme Arbeiter zur Abgabe eines Urtheils zu.

Eine Ermäßigung der Getreidezölle auf Roggen und Weizen von ℳ 5 auf ℳ 3½ für den Doppelzentner soll in den Vorverhandlungen mit Oesterreich nach einer Nachricht der „Frankf. Ztg.“ festgesetzt sein. Die Ermäßigung solle auch für Amerika und die europäischen Vertragsstaaten gewährt werden. Danach würde also von der Ermäßigung ausgeschlossen sein Rußland. Von den 6 763 665 Doppelzentnern Roggen, welche in den ersten 9 Monaten dieses Jahres in Deutschland eingeführt wurden, entfielen allein 5 718 756 Doppelzentner, also mehr als 5/6, auf russischen Roggen. Eine Ermäßigung des Roggenzolles, welche hiernach den russischen Roggen nicht einbegreift, wird auf den deutschen Roggenpreis keinerlei Einfluß haben und nur den Roggenexportören in Oesterreich-Ungarn zum Vortheil gereichen. Möglich dagegen ist es, daß die Zollermäßigungen an den nichtrussischen Grenzen auf die Weizenpreise ermäßigend einwirken. Da hätten wir dann also eine Handelspolitik, welche den Weizen wohlfeiler macht, indessen bei dem Roggen, dem Nahrungsmittel der minder wohlhabenden Klassen, Alles beim Alten läßt.

Herr Eugen Richter rechenkünstelt und verdreht weiter. Das „Berl. Volksblatt“ hatte, gegenüber der famosen Richter'schen Berechnung des Durchschnittseinkommens im „Zukunftsstaat“ auf ℳ 842, auf das Kohlenbergwerk „Konsolidation“ zu Schalke verwiesen, welches in diesem Jahr einen Reingewinn machen würde, der es ermöglichte, bei einer Belegschaft von 2879 Mann, welche jetzt pro Jahr durchschnittlich ℳ 1150 Lohn erhalten, dieser Belegschaft ℳ 1660 mehr zu geben, wenn der ganze Reingewinn unter die Belegschaft vertheilt würde. Herr Eugen Richter sucht nun es so darzustellen, als ob dieses Beweismittel für thatsächlich höhere Ergebnisse der kapitalistischen Unternehmungen dasselbe sei, wie seine von uns in der Sonntagsnummer karakterisirte unsinnige Auslassung, daß im sozialistischen Staate den Bauarbeitern die neuen Häuser als „Ertrag ihrer Arbeit“ zufallen müßten. Die Unverschämtheit erreicht aber ihren Gipfel in der Anwendung unserer Kritik der Richter'schen Fälschungen der sozialdemokratischen Forderungen auf unser Berliner Parteiorgan, die der große Eugen in folgender unverfrorenen Weise fertig bringt:

„Unlängst hatten wir gelegentlich nur angedeutet, ob die Sozialdemokratie etwa solches unter ihrer gerechten Theilung des Arbeitsertrages verstehe. Darüber meint grade heute das „Hamburger Echo“, daß Diejenigen, welche glaubten, der sozialdemokratische Staat wolle jedem sein eigenes Arbeitsprodukt zu Theil werden lassen, sich dem Vorwurf der Kindesköpfigkeit oder der allerdümmsten Demagogie aussetzten und mit solchem haarsträubenden Blödsinn nur auf die entsetzlichste Gehirnverkleisterung der Leser spekuliren könnten. — Das wollten wir grade von den Sozialdemokraten hören. Diese schöne Karakteristik des sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ paßt genau auf jenen Artikel des Herrn Liebknecht im „Berliner Volksblatt“, welcher es so darstellt, als ob die Bergleute des Kohlenbergwerks zu Schalke im sozialdemokratischen Staat den ganzen Ertrag dieses Bergwerks erhalten könnt.“

Das ist wieder eine der gemeinsten Verdrehungen die sich denken lassen. Es ist dem Genossen Liebknecht so wenig, wie irgend einem andern Sozialdemokraten eingefallen, zu fordern, daß in der sozialistischen Gesellschaftsorganisation die Arbeiter den rein individuellen Ertrag ihrer Arbeit erhalten sollen. Eine vernünftige sozialistisch organisirte Gesellschaft wird Jedem, der der Gesellschaft nach seinen Kräften seine Dienste widmet, ein auskömmliches menschenwürdiges Dasein bieten und die durch den Zufall herbeigeführte größere oder geringere Produktivität der Arbeit an bestimmten Stellen nicht zum Nutzen des Einen und zum Schaden des Andern dienen lassen.

Daß Herr Richter unsere Auslassung in der Sonntagsnummer gelesen, beweist sein Zitat. Er hat aber trotzdem noch immer nicht auf unsere Widerlegung seines Rechenexempels, betr das „Jahreseinkommen im Zukunftsstaat“ geantwortet. Er möge doch eine ernsthafte Widerlegung wenigstens einmal versuchen. Er scheint aber seine nationalökonomische „Weisheit“ in seinen „Irrlehren“ vollständig erschöpft zu haben und beschränkt sich nunmehr auf die kläglichste Wiederkäuerei.

In Bezug auf die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung hat das Berliner Kammergericht am 3. November anläßlich einer Bekanntmachung des Landraths Stubenrauch im Kreise Teltow, welcher bei den Wahlen am 27. Februar die nicht im Wahlbezirk wahlberechtigten Personen im Wahllokal nicht dulden wollte, entschieden, daß der Begriff der Oeffentlichkeit sich nicht nur auf die Wähler des betreffenden Wahlkreises, sondern überhaupt auf alle Wahlberechtigten des Deutschen Reiches beziehe. Der als Wahlvorsteher thätige Bürgermeister Schottmüller in Trebbin, der einen Sozialdemokraten bei der Wahl zum Verlassen des Lokales aufgefordert, und, als dieser der Aufforderung nicht Folge leistete, ihn von einem Polizeisergeanten mit Gewalt hatte entfernen, dann verhaften und schließlich wegen Hausfriedensbruchs hatte Anklage erheben lassen, ist zu diesen Maßnahmen nicht befugt gewesen. Die Befugniß eines Wahlvorstehers zur Hinausweisung einer Person aus dem Wahllokal ergiebt sich nur dann, wenn dieselbe nicht wahlberechtigt ist, oder sich unangemessen benimmt, und schließlich auch wegen beschränkten Raumes.

Durch mehrere Blätter geht folgende, offenbar aus militärischen Kreisen stammende Notiz:

Die Einstellung der am 1. Oktober eingetretenen Einjährig-Freiwilligen in die Kompagnieen soll in diesem Jahre bereits im Dezember erfolgen. In der kurzen Zeit von zehn Wochen ist daher jetzt ein Ausbildungspensum zu erledigen, welches gegen das in früheren Jahren ein ganz bedeutendes genannt werden muß. Während es sonst lediglich darauf ankam, den Einjährigen bis zu dem Zeitpunkte der Vorstellung, welcher der Einstellung in die Kompagnie voraufgeht, die Elementarbegriffe des Drills beizubringen, müssen dieselben jetzt bis zu dem genannten Tage sowohl im Schießen wie im Felddienst eine gewisse Ausbildung erlangt haben. Dabei ist das Detailexerzieren nicht aufgehoben, sondern nur in wenigen Punkten nach dem neuen Reglement vereinfacht.

Wenn eine solche Abkürzung der Ausbildung für Rekruten, die das Freiwilligen-Zeugniß besitzen, möglich ist, dann wird sie wohl auch für andere Landeskinder zulässig sein, zumal körperliche Gewandtheit und rasche Auffassung militärischer Dinge durchaus nicht mit dem Freiwilligen-Zeugniß immer Hand in Hand gehen. Die Nothwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit angesichts solcher Thatsachen dem gewöhnlichen Menschenverstande klar zu machen, wird allmälig eine verzweifelte Aufgabe für ihre Vertheidiger werden.

Für die Kreise Naumburg, Weißenfels, Zeitz ist zum 16. d. M. nach Weißenfels ein Kreistag der dortigen Parteigenossen einberufen. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt: 1) Bericht über den Stand der Agitation im Kreise. Referent: Ernst Berg. 2) Organisation. Referent: Adolph Hoffmann. 3) Die Presse. Referent: Adolph Leopoldt. 4) Anträge aus der Mitte des Kreistags.

Aus Sachsen. Das auf Grund des § 5 des sächsischen Vereinsgesetzes erfolgte Verbot einer sozialdemokratischen Versammlung, welche in Zwickau zum Zwecke der Berichterstattung über den Organisationsentwurf stattfinden sollte, ist von der dortigen Kreishauptmannschaft bestätigt worden. Diese Regierungsbehörde giebt dabei der Meinung Ausdruck, daß es eine Pflicht der Vorinstanz gewesen sei, die lediglich zur Förderung sozialdemokratischer Umsturzbestrebungen dienende Versammlung auf Grund jenes Paragraphen zu verbieten.

Es lebe Sachsen und sein Sozialistengesetz!

Im Reichstagswahlkreise Würzburg, wo am 6. November die Ersatzwahl stattfindet, gehen die Wogen der Agitation gegenwärtig hoch und vor Allem sind es unsere Parteigenossen, die eine ungemeine Rührigkeit entfalten. Am Sonntag fanden 24 (wie die „Freis. Ztg.“ wissen will, sogar 34) sozialistische Wählerversammlungen statt, die sämmtlich gut besucht waren. Nach den übereinstimmenden Nachrichten der süddeutschen Blätter wankt der „Thurm des Zentrums“ in Würzburg ganz bedenklich. Man erwartet allgemein, daß unser Genosse Segitz in der ersten Wahl die weitaus meisten Stimmen auf sich vereinigen werde. Die Aussichten des Zentrums werden noch durch den Umstand nicht wenig getrübt, daß sein Kandidat, ein biederer Würzburger Schlächtermeister, nicht im Stande ist, in einer öffentlichen Versammlung eine Wahlrede zu halten. Man wird unter diesen Verhältnissen gespannt sein dürfen, mit welchem Erfolge die stille Agitation der Geistlichkeit dem „Ansturm der Sozialdemokratie“ zu widerstehen vermag. Die Freisinnigen und die Nationalliberalen, welche sich auf den freisinnigen Fabrikanten Voigt als Kandidaten geeinigt haben, sind bislang nicht in die Agitation eingetreten. Da die Volkspartei ihre eigenen Wege geht, ist für sie auch keinerlei Aussicht auf Erfolg vorhanden. Der volksparteiliche Kandidat Adolf Kröber, der

Fortuna.

Roman von Alexander L. Kielland.
Aus dem Norwegischen von J. Nogon.
(Nachdruck verboten.)

(6. Fortsetzung.)

6.

Einige Tage darauf besuchte der Prediger, der Verabredung zufolge, Professor Lövdahl in seinem Privatkontor. Der Geistliche war etwas nervös und unruhig und trocknete sich immerfort den Schweiß von der Stirne, mit dem Taschentuch, welches er zusammengeballt in seiner geschlossenen Hand hielt.

Der Professor war ruhig und wohlwollend, aber unverkennbar etwas neugierig.

Da er glaubte, daß es sich um eine Wohlthätigkeitssache, eine Sammlung oder einen Verein handle, so begann er, um dem verlegenen jungen Manne zu Hülfe zu kommen, mit allgemeinen Redensarten über die vielen Pflichten und Beschwernisse, welche auf dem gewissenhaften Seelsorger ruhen.

Aber er merkte bald, daß es das nicht war; und schließlich war er schon im Begriff, den Prediger gradezu um sein Verlangen zu fragen, als dieser endlich unbeholfen herausbrachte: ob sich der Professor in seiner Thätigkeit als verwaltender Direktor der Fabrik zufriedengestellt fühle.

„Oh ja — gewiß. Es ist ja immer mit einer großen Verantwortung verbunden, eine Art Vorsehung im Kleinen für so viele Menschen zu sein. Aber wir suchen ja auf alle Weise nach Kräften die Lage der Arbeiter zu verbessern.“

Aber dies war es wieder nicht; über die Arbeiter wollte der Prediger nicht sprechen. Er hüstelte und sagte dann unsicher:

„Die Aktien sind wohl in vielen Händen vertheilt?“

„Die Aktien? Was ist gefällig? — Nun ja! Sie fragen um die Aktien? Ja, die sind in vielen Händen vertheilt, das heißt, so sehr viele sind es nicht. Der Betrag ist groß — tausend Kronen auf die Aktie, und wir haben uns nicht darauf eingelassen, halbe und noch kleinere Antheile auszugeben.“

Der Professor gewann seine Fassung wieder, welche er fast verloren hatte, als es ihm klar wurde, daß es sich um Geschäfte im eigentlichsten Sinne handle. Trotzdem fühlte er sich fortdauernd etwas unsicher.

Wenn er mit studirten Leuten sprach, war der Professor stets der Wissenschaftsmann — stets bereit zu einem überlegenen Spotte über die Krämer. Deshalb kam es ihm Anfangs etwas ungewohnt und verkehrt vor, daß sie Beide über Aktien und Geschäftsgewinn verhandeln sollten.

Aber Morten Kruse behandelte die Sache in einer vernünftigen Weise, nachdem er erst dazu gekommen war. Er sprach über die Geschäfte mit einer Sachkunde, welche den Professor in Erstaunen setzte.

„Wie hoch stehen die Fortuna-Aktien augenblicklich?“ fragte der Prediger, nachdem sie eine Weile gesprochen hatten.

„Ja — um die Wahrheit zu sagen, so weiß ich es selbst nicht. Seit ich zuletzt kaufte —“

„Sie kaufen also?“

„Nein — das thue ich eigentlich nicht,“ antwortete der Professor. „Ich habe schon so viele Aktien. Aber es ist ein paarmal vorgekommen, daß ein vereinzelter Aktionär sich bei der Hauptversammlung sich wie verrückt geberdet hat, und da habe ich vorgezogen, des Unzufriedenen Aktien zu kaufen, um Unannehmlichkeiten los zu werden.“

„Und was haben Sie da bezahlt?“

„Ich habe die Aktien zum einbezahlten Betrage übernommen — so weit ich mich erinnere.“

„Man kann also noch Aktien pari kaufen?“ fragte der Prediger eifrig.

„Sie kaufen also?“

„Ich muß Ihnen sagen, Herr Professor,“ antwortete Morten und versuchte in seine Worte Salbung zu legen, „meine Frau ist nicht ganz von dem entblößt, was man irdische Güter nennt.“

„Ich habe gehört, daß Ihre Frau vermögend sein soll.“

„Oh, von Vermögen kann nicht die Rede sein; ein bescheidener Betrag zur Hülfe bei Krankheit oder andern Heimsuchungen, das ist das Ganze. Aber wie unbedeutend es auch ist; möchte ich es doch lieber in unserer Stadt und auf eine wenigst in die Augen fallende Weise angelegt haben.“

„Natürlich,“ bestätigte der Professor.

„Es ist in keiner Weise wünschenswerth, daß die Gemeinde ihren Priester als einen vermögenden Mann ansieht,“ fügte der Prediger ernst hinzu.

Der Professor, welcher nun endlich verstand, wo er hinauswollte, sagte wohlwollend:

„Sollten Sie wünschen, entweder Werthpapiere zu kaufen oder sonst Ihr Geld durch mich anzulegen —“

„Ja, eben das war mein Wunsch,“ fuhr Morten eifrig heraus. „Ein Mann in meiner Stellung kann ja derlei Angelegenheiten nicht gut unmittelbar ordnen; aber andererseits wäre es eben so wenig recht, das Zeitliche ganz zu versäumen.“

„Ganz gewiß nicht, nein! Ich verstehe Sie so wohl; und es wird mir ein Vergnügen sein, wenn ich —“

„Dank — tausend Dank,“ rief der Prediger und fand nun all' seine Sicherheit wieder „Wenn ich also mit Gottes Hülfe Einiges erübrige, so darf ich hoffen, es bei Ihnen unterzubringen?“

„Ich will Ihnen nach besten Kräften behülflich sein, Ihr Geld auf die vortheilhafteste Weise anzulegen.“

„Das Vortheilhafteste dürfte wohl sein, es in des Herrn Professors Geschäft zu lassen,“ sagte Morten forschend und beobachtete den Anderen.

„Bei mir?“ wiederholte der Professor langsam.

„Ich überlasse es ganz Ihnen,“ beeilte sich Morten zu sagen, indem er sich erhob und zum Gehen wandte. „Sie wissen selbst, Herr Professor, je kleiner das Kapital ist, desto mehr muß man suchen, etwas daraus zu machen.“

Als er gegangen war, dachte Professor Lövdahl lange über diesen merkwürdigen Besuch nach. Es war ja wahr: einige kleine Leute hatten ihre Sparpfennige bei ihm angelegt, und er hatte aus Gutmüthigkeit ihnen hier und da, nach einem guten Geschäfte, einen kleinen Antheil gegeben, so daß ihr Geld eine bessere Rente gab, als in einer Bank.

Aber es konnte ihm doch nicht einfallen, dies in einem größeren Maßstabe zu treiben. Er brauchte kein Geld — am allerwenigsten theures Geld; und wenn ihm der Prediger sein Geld in der Hoffnung einer höheren Rente geben wollte, so konnte es kommen, daß er enttäuscht würde. Wollte er dagegen Fortuna-Aktien kaufen, so war das etwas Anderes; es war immer nützlich, daß Käufer dafür vorhanden waren.

Morten seinerseits überlegte aber, ob er trotzdem nicht dumm gewesen sei, daß er nicht gradezu gefragt habe, wie viele Zinsen er bekommen werde. —

Es war nicht leicht zu sagen, von wem er kam — der Gedanke des großen Arbeiterfestes. Markussen hatte einmal Konsul With aufmerksam gemacht, daß die Fabrik zum Herbst ihr zehntes Jahr vollende; und dabei war dem Konsul eingefallen, daß man diesem jungen Jubiläum eine größere Bedeutung beilegen könnte, indem man es auf Professor Lövdahls Geburtstag verlegte. Und so wuchs die Sache allmälig, bis schließlich Silberzeug und großartige Vorbereitungen daraus wurden.

Die Frau Bankdirektorin Christensen weinte — das weiß der Himmel, daß sie es that. Sie weinte jeden Tag eine geschlagene Stunde über dieses Silberzeug.

Sich zu denken, daß Alles dies sie haben konnte: Theekanne, Zuckerschale und Rahmbehälter von echtem Silber.

Nicht deswegen, denn sie hatte silberne Theeservice; aber damit konnte sich ihr Mann nicht groß machen, und es war deshalb um nichts weniger ärgerlich.

Bisweilen, wenn sie lange an dieses Silberzeug dachte, kam es ihr vor, als ob Professor Lövdahl es aus ihrem eigenen Schranke gestohlen hätte. Ja, es war sogar ein besonderer Platz im Schranke, wo es hätte stehen sollen; und Frau Christensen sah niemals nach ihrem Silberzeug, ohne zu seufzen: „Da stand es!“

„Du bist ein Esel, Christensen!“ wiederholte sie schluchzend, je näher das Fest kam. „Du kannst Vorsitzender für bedürftige Wöchnerinnen und alle möglichen Krankenkassen sein; aber Du sagst Dich freiwillig — oh Du mein Gott! — freiwillig von dem einzigen Posten los, wo ein wenig Silber abfallen könnte. — Denn das konnte man ja doch voraussetzen! Und so kommt denn unser — ja, ich sage mit Bedacht: unser Silberzeug zu diesem — diesem — —“ Sie konnte kein Wort finden, das so abscheulich war, wie sie es für Professor Lövdahl haben wollte; und so weinte sie nur, daß sie zitterte.

Des Bankdirektors Ehe war eine von der gewöhnlichen. Er war in der Wohnstube leider nicht so überlegen, wie im Kontor. Gegenüber seiner Frau kam er stets zu kurz; dann wurde er böse und dann wurde sie böse, sie stritten sich und der Zwist war fertig! Aber so konnte es ja nicht in die Länge gehen, da sie zusammen wohnten; und so wurden sie wieder gut, bis sie wieder böse wurden.

Diesmal mußte Christensen den Groll seiner Frau ertragen, so gut es ging, und sich zugleich auf die Rede vorbereiten, welche er im Namen sämmtlicher Arbeiter an Professor Lövdahl richten sollte.

Und während er dasaß und an großen Worten und wohlklingenden Wendungen arbeitete, rieb er seine weiche Nase und schnupperte leise, wie wenn ihm seine eigenen Lobreden etwas verdächtig röchen. —

Alles fügte sich so glücklich für dieses Fest. Eine Gesellschaft deutscher Musikanten kam in die Stadt, und am Festtage selbst war ein Wetter, wie es nicht schöner hätte sein können. Die Luft war ganz stille — frisch, aber nicht kalt; die Sonne schien röthlich und mild durch die letzten Herbstnebel, welche aufstiegen und verschwanden und die glattgespülten Vorsprünge und Landzungen mit den violetten Haidekrautstreifen in den Spalten, zackten sich hinaus in das blaue leichtgekräuselte Meer.

(Fortsetzung folgt.)